

Naturschutz

Wald-Kommunen wehren sich gegen Wildnis-Pläne des Bundes

23.11.2015 | 18:09 Uhr



Deutschland ist Waldland: Auf 11,4 Millionen Hektar wachsen Laub und Nadelbäume. Aber Wildnis ist das eher nicht. Das wollen Bundesumweltministerium und Umweltverbände nun ändern. Foto:

Bundesweites Bürgermeister-Treffen in Burbach macht Front gegen Wildnispläne für 2020: Zehn Prozent der öffentlichen Wälder sollen stillgelegt werden.

2007 war es eine Vision: die Biodiversitätsstrategie der Bundesregierung. Von Wildnis war die Rede. In der Praxis: Halb so wild. Doch seit zwei Jahren arbeiten das Bundesumweltministerium und Umweltverbände darauf hin, die Ziele zu konkretisieren und bis 2020 festzuschreiben. Das bringt die kommunalen Waldbesitzer auf den Baum: Sie wehren sich dagegen, zehn Prozent der öffentlichen Wälder der Natur zu überlassen. Insgesamt sollen fünf Prozent der Waldfläche und zwei Prozent der Landfläche Wildnis werden.

Die Bürgermeister aus ganz Deutschland, die sich derzeit auf Einladung ihres Kollegen Christoph Ewers in Burbach zur Bundestagung des Gemeinsamen Forstausschusses Deutscher Kommunalwald treffen, fordern das Bundesumweltministerium auf, seine Stilllegungspläne zu stoppen. Der Ausschuss-Vorsitzende Winfried Manns erklärte am Montag: „In einer so dicht besiedelten Kulturlandschaft wie Deutschland schaffen Totalreservate gravierende Probleme. Wald ist mehr als Wildnis. Wälder erfüllen nicht nur ökologische, sondern auch ökonomische und soziale Funktionen.“

Betreten verboten: Keine Jagd, kein Wandern, kein Pilzesammeln

Es geht also um die Holzwirtschaft. Und um die Nutzung für die Bürger. Die Bundesrepublik hat zwar noch keine Definition für „Wildnis“ festgelegt, aber nach europäischen Standards bedeutet das in den Kernzonen: Betreten verboten! Keine Jagd, kein Wandern und Spazierengehen, kein Beeren-, Pilze- oder Holz sammeln. „Das sollte

man den Bürgern mitteilen, bevor man sie fragt, ob sie mehr Wildnis wünschen“, erklärte Ute Kreienmeier, Referatsleiterin Kommunalwald beim Deutschen Städte- und Gemeindebund.

Bürgermeister Ewers betonte, es gehe nicht um eine Ablehnung von Naturschutz und Biodiversität: „Burbach hat 600 Hektar Wald und bewirtschaftet ihn seit mehr als 20 Jahren naturnah. 58 Prozent sind Vogelschutzgebiet, 16 Prozent Naturschutzgebiet. Wir tun schon viel. Weitere Einschränkungen der kommunalen Selbstbestimmung können wir nicht hinnehmen.“

Folgekosten bedenken

Vor einer Einschränkung der Entwicklung warnt auch Manns für den Fall, das Wildnisflächen nah am Dorf ausgewiesen würden. Er vermisst auch die Abstimmung der Wildnis-Initiative mit den Klimaschutzplänen und fordert eine Berechnung Folgekosten für die Holzindustrie und die Arbeitsplätze im ländlichen Raum.

Harald Ries